

# NACHHALTIGKEIT

## MASSNAHMEN



111110  
010101  
100000

# NACHHALTIGKEIT MASSNAHMEN

Im November 2022 hat die Stimmbevölkerung in Basel-Stadt dem Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative zugestimmt. Dadurch wurde das Ziel, bis im Jahr 2037 Netto-Null Treibhausgase auszustossen, in der kantonalen Verfassung verankert. Die Handelskammer beider Basel möchte mit sinnvollen, innovativen und vor allem wirtschaftsfreundlichen Massnahmen einen Beitrag leisten, dieses Ziel zu erreichen. Dies insbesondere auch, da die Industrie sowie wirtschaftsrelevante Sektoren wie die Mobilität wesentliche Hebel sind. Unternehmen in der Region Basel haben bereits zahlreiche Massnahmen ergriffen, um klimaschonend zu wirtschaften, und sie haben sich sehr ambitionierte Reduktions- oder gar individuelle Netto-Null-Ziele gesetzt.

Dass sich die Handelskammer der Nachhaltigkeit verpflichtet sieht, ist auch im Papier «Nachhaltigkeit – unser Verständnis» festgehalten. Als Wirtschaftsverband fokussieren wir uns dabei auf Ziel 8 der Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen, das «Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum» ins Zentrum stellt und die Basis unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist. Wir engagieren uns zudem bei sieben weiteren SDG. Dazu haben wir gemeinsam mit Expertinnen und Experten unserer Mitgliedunternehmen Vorschläge zur Erreichung des kantonalen Klimaziels in Basel-Stadt erarbeitet.

Unsere vorgeschlagenen Massnahmen fokussieren auf die ökologische Dimension unseres Nachhaltigkeitsverständnisses. Sie können herangezogen werden, um effiziente, wirtschaftsverträgliche Massnahmen zu erarbeiten, um langfristig die Treibhausgasemissionen zu senken. Und sie sollen auch dabei unterstützen, die Klimastrategie Basel-Landschaft zu konkretisieren. Neben konkreten Massnahmen finden sich auch reine Impulse für die Politik und die Verwaltung.

Einige der angedachten Massnahmen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft begrüssen und unterstützen wir. Dazu zählt der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen, insbesondere auf kantonseigenen Gebäuden und an Standorten mit grossem Potenzial. Sinnvoll und wichtig sind auch die Massnahmen, die den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und insbesondere den Ausbau der trinationalen S-Bahn fördern. Diese Ansätze haben deshalb auch Eingang in unseren Massnahmenkatalog gefunden. Andere kantonale Massnahmen – namentlich aus der Mobilitätsstrategie Basel-Stadt – lehnen wir hingegen ab, da sie die Erreichbarkeit unserer Region einschränken. Einzelheiten sind unseren Stellungnahmen zu entnehmen. Unser Massnahmenkatalog zeigt, wo wir als Stimme der Wirtschaft die wichtigsten Ansatzpunkte sehen.

Generell müssen die Nachhaltigkeitsmassnahmen der beiden Basler Kantone nicht nur ökologisch, sondern auch sozial und ökonomisch nachhaltig und verträglich ausgestaltet werden. Nur so werden sie von der Bevölkerung und der Wirtschaft akzeptiert und können rasch und effizient umgesetzt werden. Die Massnahmen müssen optimale Rahmenbedingungen und intelligente Anreizsysteme schaffen sowie Effizienzsteigerungen und Innovation ermöglichen. Zusätzliche bürokratische Hürden für Unternehmen, strikte Vorschriften sowie Verbote lehnen wir ab. Im Verkehr sollte auf Pull- statt Push-Massnahmen gesetzt werden, um die Dekarbonisierung zu erreichen. Die Konzeption und Koordination der Massnahmen muss den Arbeitskräftemangel und die Lieferkettenschwierigkeiten berücksichtigen. Allenfalls ist eine geeignete Staffelung der Massnahmen vorzusehen.

## Gebäude

### Gesamtzielgrösse statt Detailregulierung

Es gibt unterschiedliche Ansätze, um eine bessere Energieeffizienz zu erreichen. Starre Vorschriften schränken die Zielerreichung ein und stellen eine zusätzliche Hürde dar.

**Massnahme:** Um die Energieeffizienz von Gebäuden zu optimieren, erlassen die Kantone Zielvorgaben für einzelne relevante Parameter. Der konkrete Weg, um diese Ziele zu erreichen, unterliegt hingegen keinen Vorschriften. Die Zielerreichung wird mittels Anreizen gefördert, unter anderem mithilfe der bestehenden Förderbeiträge.



### Thermische Nutzung des Rheins prüfen

In Gebieten, die nicht ans Fernwärmenetz angeschlossen sind, kann die thermische Nutzung des Rheins eine attraktive Alternative sein. Gemäss einer Studie bietet sich dazu unter anderem das Quartier Breite an.

**Massnahme:** Der Kanton Basel-Stadt führt die Untersuchungen weiter und setzt diese bei ausreichendem Potenzial entsprechend um.



### Zusammenarbeit der Quartiere hinsichtlich Energieversorgung erhöhen

In vielen Fällen lohnen sich klimafreundliche Energielösungen nicht für einzelne Gebäude, sondern nur für Quartiere oder Areale.

**Massnahme:** Quartiere gründen Wärmeverbände, nutzen gemeinsam die Abwärme und richten intelligente Quartiernetze ein. Dazu leiten die Kantone Massnahmen ein, um den Organisationsgrad der Quartiere zu erhöhen. Sie treiben zudem das Modell Zusammenschluss Energieverbrauch (ZEV) verstärkt voran.



## Mobilität

### Infrastrukturen für den klimaschonenden Verkehr realisieren wie S-Bahn und trimodales Güterterminal

Um klimaschonenden Verkehr und Transport zu ermöglichen, werden entsprechende Infrastrukturen benötigt. Wichtig sind insbesondere die trinationale S-Bahn einschliesslich Herzstück sowie das trimodale Güterterminal Gateway Basel Nord. Dank des Herzstücks werden laut Ecoplan künftig pro Jahr 26'000 Tonnen weniger CO<sub>2</sub> ausgestossen. Mit Gateway Basel Nord können gemäss Rapp pro Jahr rund 10'000 Tonnen CO<sub>2</sub> und über 100'000 Lkw-Fahrten eingespart werden. Zudem werden damit gute Voraussetzungen geschaffen, um die Binnenschifffahrt als klimaschonendes Transportmittel weiterzuentwickeln.

**Massnahme:** Die Kantone engagieren sich weiterhin stark und prioritär für diese Projekte, insbesondere gegenüber Bundesbern.



### Attraktivität des öffentlichen Verkehrs steigern

Ein funktionierendes Verkehrssystem kombiniert die verschiedenen Verkehrsarten optimal miteinander. Die Strasse wird auch künftig einen grossen Anteil der gesamten Verkehrsleistung erbringen.

**Massnahme:** Anstatt den motorisierten Individualverkehr aktiv zu benachteiligen, treffen die Kantone Massnahmen, um die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und von Sharing-Modellen zu erhöhen. So gilt es, Fortschritte bei Verkehrsdrehscheiben, Netzlückenschliessung, Mobility as a Service zu erzielen.



### Wasserstoff-Tankstellen für den Schwerverkehr fördern

Beim Schwerverkehr verfügt die Wasserstoff-Technologie über verschiedene Vorteile gegenüber der E-Mobilität. Eine bessere Verfügbarkeit von H<sub>2</sub>-Tankstellen leistet deshalb einen wichtigen Beitrag.

**Massnahme:** Der Kanton schafft gute Rahmenbedingungen für Wasserstoff-Tankstellen, insbesondere für den Schwerverkehr.



## Wirtschaft

### Regionale Wasserstoff-Strategie erstellen

Um die Klimaziele bei Industrie und Mobilität zu erreichen, müssen wir das Potenzial von Wasserstoff ausschöpfen.

**Massnahme:** Die Kantone arbeiten eine regionale Wasserstoffstrategie aus, welche die Arbeiten des Bundes unterstützt und mit diesen kongruent ist. Dabei arbeiten die Nachbarkantone, der Bund sowie allenfalls Gebietskörperschaften im grenznahen Ausland zusammen. Konkret sollen u. a. mögliche Standorte für Produktion, Lagerung und Logistik identifiziert und die hierfür benötigten Perimeter und Flächen kuratiert werden. Zudem werden die Rahmenbedingungen so angepasst, dass die Wasserstoffwirtschaft möglichst begünstigt wird. Die Kantone setzen sich dafür ein, dass der Bund darauf verzichtet, Netzentgelt bei Wasserstoffproduktionsanlagen zu erheben. Somit leisten die Kantone im Rahmen ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten einen Beitrag an den Anschluss der Schweiz an die geplanten europäischen Infrastrukturen. Die Strategie kann auf weitere nachhaltige Treibstoffe sowie die Power-to-X-Technologie ausgeweitet werden. Die Kantone anerkennen zudem Biogas als erneuerbare Energie und schaffen gute Rahmenbedingungen für dessen Produktion und Verwendung. Die beiden Basel positionieren die Region in Bundesbern als Wasserstoff-Hub und wirken auf eine entsprechende Anerkennung seitens des Bundes hin.



### Fachkräftemangel in den Bereichen Energieversorgung und Gebäudesanierungen beheben

Die Transformation hin zu einem nachhaltigeren Energiesystem verzögert sich aufgrund des Fachkräftemangels in wichtigen Branchen. So fehlt es beispielsweise an Personal zur Installation von PV-Anlagen.

**Massnahme:** Die Kantone erarbeiten einen Aktionsplan zur Behebung des Fachkräftemangels in klimarelevanten Bereichen. Dazu gehört die Förderung von Weiterbildungs- und Umschulungsangeboten. Dies sollte grenzüberschreitend mit Partnern in benachbarten Kantonen sowie in Frankreich und Deutschland geschehen.



## Bauen

### Mehrwertfonds zur Schaffung finanzieller Anreize verwenden

Der Kanton Basel-Stadt erhebt auf kantonaler Ebene gemäss EspaceSuisse mit 40 Prozent die höchste Mehrwertabgabe schweizweit. Entsprechend verfügt der Mehrwertabgabefonds über enorme Mittel – Ende 2022 waren es 77,4 Millionen Franken. Die Mehrwertabgabe wird nach geltendem Recht für staatliche Massnahmen bei öffentlichen Grünräumen, Klimaschutz und Klimaadaptation, Erholungsräumen und für mehr Biodiversität verwendet. Wie die aktuelle Dotierung des Fonds zeigt, hält die Verwendung der Mittel nicht mit den Einnahmen aus der Abgabe Schritt. Es besteht also Spielraum, um zusätzliche Ermässigungen von der Mehrwertabgabe zu gewähren und damit effektive finanzielle Anreize zu schaffen.

**Massnahme:** Für folgende Massnahmen von privaten Akteuren wird im Kanton Basel-Stadt ein Kostenanteil von bis zu 100 Prozent an die Mehrwertabgabe angerechnet: öffentlich zugängliche Grünflächen schaffen oder aufwerten, auf Neubauten zugunsten von Umbauten verzichten, klimafreundliche Baustandards verwenden, Massnahmen zur Verbesserung der Gebäudeenergieeffizienz umsetzen sowie sonstige Massnahmen, die einen wesentlichen Beitrag zu Klimaschutz, Klimaadaptation oder Förderung der Biodiversität leisten. Der Regierungsrat ist aufgefordert, einen einfachen und transparenten Mechanismus zu erarbeiten, um die Massnahmen anzurechnen.



### Baustoffe wiederverwenden

Ein Grossteil der anfallenden Abfälle stammt aus der Bauwirtschaft, schweizweit 84 Prozent. Im Kanton Basel-Landschaft wird jährlich rund eine Million Tonnen an Bauabfällen deponiert. Mit der konsequenten Wiederverwendung von Baustoffen im Sinne eines Baustoffkreislaufes könnten grosse Mengen von Primärbaustoffen und damit an Treibhausgasemissionen eingespart werden.

**Massnahme:** Wo notwendig passen die Kantone in Zusammenarbeit mit der Branche die gesetzlichen Grundlagen sowie die einschlägigen Normen an, damit die Baustoffe systematisch wiederverwertet werden können. Zudem werden optimale Rahmenbedingungen für die Verwendung rückbaufähiger Systeme geschaffen beziehungsweise die Baustruktur wird vermehrt für Umnutzungen konzipiert, sodass die primären Strukturelemente wiederverwendet werden können. Schliesslich ermöglichen weitere Massnahmen, dass Ersatzteilbörsen besser genutzt werden.



### Überregulierung und Ineffizienz im Bauwesen abbauen

Aufgrund der restriktiven und aufwendigen Vorschriften, beispielsweise im Wohnschutzgesetz, werden viele energetisch sinnvolle Sanierungen nicht vorgenommen. Der Abbau von Regulierungen in Kombination mit kürzeren Bewilligungsfristen könnte eine grössere Anzahl von Sanierungen ermöglichen, um die Energieeffizienz zu verbessern.

**Massnahme:** Der Kanton Basel-Stadt setzt auf Zielvorgaben statt Detailregulierungen. Die langen Bewilligungsfristen der Verwaltung werden verkürzt. Der Kanton überprüft, inwiefern entsprechende Gesetze und/oder die Branchennormen angepasst werden müssen, um diese Ziele zu erreichen. Nach der Überprüfung unternimmt der Kanton die notwendigen Schritte. Gleichzeitig wird die Arbeit des Bauinspektorats effizienter ausgestaltet.



### Substanzerhalt: mehr Sanierungen statt Neubauten

Bauen ist sehr energieintensiv. Nicht nur Baumaschinen, sondern auch die Produktion der Baustoffe verschlingt eine grosse Menge an Energie. Es ist deshalb nachhaltiger, die bestehende graue Energie weiterzuverwenden, statt Gebäude abzureissen und neu zu bauen.

**Massnahme:** Die Kantone schaffen finanzielle Anreize, damit mehr saniert statt neu gebaut wird, beispielsweise über Mehrwertabgabefonds oder die bestehenden Förderbeiträge. Dies kann insbesondere bei Arealentwicklungen angewendet werden. Zudem werden weitere Massnahmen ergriffen, um dieselbe Wirtschaftlichkeit bei Umnutzungen wie bei Neubauten zu erreichen. Eventuell kann dies mittels Bebauungsplan erfolgen. Weiter sollen Normen, die Sanierungen gegenüber Neubauten begünstigen, vereinfacht und flexibler ausgestaltet werden.



### Nachhaltige Baustoffe fördern

Unter nachhaltigen Baustoffen sind beispielsweise Recyclingbeton, Holz, ökologische Isolatoren sowie weitere Materialien zu verstehen, die wenig graue Energie enthalten und einfach wiederverwertbar sind.

**Massnahme:** Die Kantone schaffen gemeinsam mit der Branche optimale Rahmenbedingungen, um nachhaltige Baustoffe zu verwenden. Dazu werden unter anderem Vorschriften und weitere Hürden abgebaut und dem heutigen Stand der Technik angepasst. Es wird geprüft, ob die Verwendung nachhaltiger Baustoffe mittels bestehender Lenkungsabgaben, zum Beispiel gemäss EnG Basel-Stadt, gefördert werden kann. Voraussetzung hierfür sind jedoch zunächst Anpassungen des geltenden Rechts und der bestehenden Normen. Wo die entsprechenden Informationen fehlen, werden Nachschlagewerke zu den klimarelevanten Eigenschaften der einschlägigen Baustoffe erarbeitet und verfügbar gemacht.



### Vorbildfunktion des Kantons bei der Sanierung von Gebäuden

Als bedeutender Immobilienbesitzer verfügt der Kanton über grossen Spielraum, um den Energieverbrauch im Gebäudesektor zu senken.

**Massnahme:** Der Kanton Basel-Stadt erstellt und setzt einen Sanierungsplan für alle in seinem Besitz befindlichen Gebäude um, sodass diese bis 2037 energieautark sind. So übernimmt er eine Vorbildfunktion. Der Kanton verpflichtet zudem alle Gesellschaften, bei denen er Mehrheitsaktionär ist, dasselbe zu tun. Dabei achtet er darauf, dass Fachkräfte und Materialien auch für die Privatwirtschaft zur Verfügung stehen.



### Energieversorgung

#### Kulturwandel bei den Behörden: weg von «im Zweifel dagegen»

Die Behörden hemmen und verunmöglichen mitunter die Umsetzung von Bauvorhaben im Energiebereich. Neuen Technologien wird teilweise sehr zurückhaltend begegnet.

**Massnahme:** Vorschriften und Kultur in den Behörden sollen dahingehend angepasst werden, dass neue Technologien und Projekte grundsätzlich wohlwollend geprüft werden. Dazu müssen die Prozesse verwaltungsintern flexibilisiert werden. Die Behörden bewegen sich also weg von «im Zweifel dagegen» bezüglich neuer Technologien und Methoden hin zu «im Zweifel dafür».



#### Solaroffensive auf Flächen im öffentlichen Besitz

Der Kanton Basel-Stadt setzt bereits mehrere Massnahmen zur Förderung des Solarstroms um und ist bemüht, auf Flächen im öffentlichen Besitz eine Vorbildfunktion bezüglich Photovoltaik-Ausbau einzunehmen. Dennoch besteht noch grosses Potenzial zum Bau von PV-Anlagen auf Flächen im Besitz des Kantons und seiner Betriebe.

**Massnahme:** Die Kantone bauen auf Flächen im Besitz vom Kanton oder von kantonsnahen Betrieben wie Schulen, Verwaltungsgebäuden oder Verkehrsinfrastrukturen die Photovoltaik dort aus, wo das Potenzial besonders gross ist. Dabei achten sie darauf, dass Fachkräfte und Materialien auch für die Privatwirtschaft zur Verfügung stehen.



#### Solaroffensive auf Flächen im privaten Besitz

Der Kanton Basel-Stadt setzt bereits mehrere Massnahmen zur Förderung des Solarstroms um. Dennoch besteht noch grosses Potenzial zum Bau von PV-Anlagen auf privaten Flächen.

**Massnahme:** Der Kanton verzichtet auf unrealistische, marktfremde Vorgaben und erarbeitet stattdessen unter Einbezug der relevanten privaten Akteure Massnahmen zum Ausbau von PV-Anlagen auf Flächen in Privatbesitz und schafft günstige Rahmenbedingungen dafür. Dabei nimmt er auf die Verfügbarkeit der relevanten Ressourcen wie Fachkräfte und Materialien, die entsprechenden Investitionszyklen sowie auf die Eigentumsrechte der Hausbesitzer Rücksicht. Der Fokus liegt auf gut bis sehr gut geeigneten Flächen.



### Bewilligungsverfahren für erneuerbare Energien straffen

Aufwendige und langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren verzögern und verteuern Projekte, mitunter auch im Energiesektor. Dies führt dazu, dass die Hürden für den Bau von Produktionsanlagen für erneuerbare Energien hoch sind. Dies ist in Zeiten der gewünschten Dekarbonisierung und einer erneut drohenden Energiemangellage nicht akzeptabel.

**Massnahme:** Die Kantone erarbeiten mit einer Taskforce aus relevanten Stakeholdern einen konkreten Massnahmenkatalog. Das Ziel ist es, schlanke, rasche und demokratische Planungs- und Genehmigungsverfahren zu gewährleisten. Die Arbeiten gelten als abgeschlossen, sobald sich die Verfahrenslängen und -kosten um jeweils mindestens ein Drittel reduziert haben. Die Kantone wirken bei Planungs- und Genehmigungsverfahren insbesondere darauf hin, dass Einsprachen gebündelt werden. Um die behördeninternen Prozesse zu beschleunigen, stellen die Kantone dem Gesuchstellenden einen Ansprechpartner als Single Point of Contact zur Verfügung.



### Sensibilisierung und Information: Bevölkerung über Chancen und Risiken von neuen Technologien aufklären

Neue Technologien, wie die Wasserstoff-Technologie, können Ängste in der Bevölkerung wecken.

**Massnahme:** Diesen Ängsten wird seitens der Kantone und der Branche mit gezielter Sensibilisierung und Information begegnet. Beispielsweise wird über die sichere Anwendung von Wasserstoff und seiner Derivate aufgeklärt.



### Entsorgung und Negativemissionen

#### Carbon Capture Utilization and Storage (CCUS)-Technologie fördern

Da nicht restlos alle Emissionen verhindert werden können, kommt Negativemissionstechnologien – insbesondere in Form von Carbon Capture Utilization and Storage – eine grosse Bedeutung zu.

**Massnahme:** Der Kanton Basel-Stadt fördert über die bestehenden Förderabgaben den Bau und den Betrieb von Carbon Capture Utilization and Storage (CCUS)-Anlagen sowie die angewandte Forschung in dieser Technologie. Insbesondere setzt er CCUS bei der Kehrrichtwertungsanlage Basel rasch um. Das abgeschiedene CO<sub>2</sub> könnte vor Ort zur Synthese von Methan, einem nachhaltigen synthetischen Treibstoff, verwendet werden.



#### Förderung eines Ökosystems oder einer Versuchsanlage zur Methanisierung von grünem Wasserstoff zu grünem Methanol durch gespeichertes CO<sub>2</sub> prüfen

Die CO<sub>2</sub>-Abscheidung wird dort notwendig, wo auch in Zukunft Emissionen nicht verhindert werden können. Neben der Abscheidung selbst ist auch der Transport zur sicheren Verwahrung bislang ungelöst. So gibt es derzeit keine Pipeline, um CO<sub>2</sub> in die geeigneten Speicher im Norden Europas abzuführen. Alternative Verkehrsträger scheinen aufgrund der grossen Menge und der beschränkten Kapazitäten ebenfalls wenig realistisch. Durch CCUS eingefangenes CO<sub>2</sub> kann mit grünem Wasserstoff zu grünem Methanol synthetisiert werden. Dieses Wasserstoffderivat kann in zahlreichen Industrieprozessen sowie vor allem in der Mobilität angewendet werden. Wird hierbei wiederum das CO<sub>2</sub> abgefangen, wäre dies mit «Netto-Null» vereinbar.

**Massnahme:** Abgeschiedenes CO<sub>2</sub>, das weiterverwendet wird, soll unter bestimmten Bedingungen ebenfalls als «versenkt» gelten.



**Handelskammer beider Basel**

St. Jakobs-Strasse 25  
Postfach  
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60  
info@hkbb.ch

[www.hkbb.ch](http://www.hkbb.ch)

Folgen Sie uns auf Social Media:

